

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrte Bürger*innen,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Verwaltungsvorstand,
und sehr geehrte Kolleg*innen,

was für ein Jahr liegt hinter uns: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine nimmt und nimmt kein Ende, die Wirtschaft ist verunsichert und nicht nur in Deutschland ist Sand im Getriebe. Auch die Gütersloher Bürger*innen erleben steigende Preise in allen Lebensbereichen. Hohe Tarifabschlüsse sind gut für die Arbeitnehmer*innen, belasten aber genauso wie Energiekosten und Inflation die öffentlichen Haushalte. Die Folgen des Klimawandels werden weltweit immer spürbarer. Für die Ursachen sind wir hier in Gütersloh nicht bzw. beim Klimawandel nicht alleine verantwortlich, mit den Folgen haben aber auch die 103.000 Bürger*innen von Gütersloh zu kämpfen. Der Haushaltsentwurf 2024 zeigt uns ganz deutlich: Es ist eine Illusion, dass einfach alles so weitergeht wie bisher. Es ist schwer zu glauben und viele wollen es nicht wahrhaben: Die Zeiten haben sich geändert. Ist die „**Zeitenwende**“ nur so ein Schlagwort von Bundespolitiker*innen?

Nein! Es ist sogar das Motto unserer diesjährigen Haushaltsrede:

Zeitenwende

Der Gütersloher Haushalt erlebt genau diese **Zeitenwende**. Bei einem „weiter so“ würde unser Haushalt explodieren, oder implodieren? Die Zeit ist gekommen, sich der Realität zu stellen und den Tatsachen ins Auge zu schauen, denn diese Realität ist auch in Gütersloh angekommen. Was aber aus Sicht der **BfGT** entscheidend ist: Wir müssen uns den Herausforderungen stellen und die Chancen für die Zukunft erkennen, damit die Bürger*innen trotz der zu lösenden Probleme voller Zuversicht in die Zukunft unserer Stadt blicken können.

Um die **Zeitenwende** mit einer solchen positiven Perspektive zu versehen, muss Gütersloh handlungsfähig bleiben. Deshalb müssen

Haushaltsrede 2024

wir aus Sicht der **BfGT** kurzfristig die Haushaltssicherung vermeiden und mittelfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen.

An dieser Stelle ein Wort an die CDU- und FDP-Fraktionen, die sich jetzt offenbar versuchen rauszureden: Ihr unrealistisches Beharren auf null Steuererhöhung hätte unweigerlich in das Verfahren der Haushaltssicherung geführt, in dem die Stadt die Kontrolle abgeben hätte müssen. Sehenden Auges in die Haushaltssicherung zu gehen, wäre eine Bankrotterklärung der Politik. Wir wollen die **Zeitenwende** nicht passiv erdulden, wir wollen bzw. müssen sie aktiv gestalten.

Die Stadt hätte in der Haushaltssicherung dieselben Aufgaben zu bewältigen und würde zugleich ihren Gestaltungsspielraum preisgeben. Die Steuererhöhungen kämen am Ende trotzdem, aber die Politik würde die Verantwortung dafür auf die Mechanismen der Haushaltssicherung abschieben. Solche Wahlkampftricks sind nicht das Ding der **BfGT**. Wir haben im letzten Finanzausschuss moderate Steuererhöhungen ohne Zusatzausgaben vorgeschlagen. Es bleibt die Frage: Was hat CDU und FDP daran gehindert, unserem Vorschlag zuzustimmen und uns damit nicht in den Haushaltskompromiss mit Mehrausgaben zu treiben?

Der Bund und das Land belasten die Kommunen mit immer mehr Aufgaben, finanzielle Unterstützungen werden aber gekürzt oder verschoben. Wir als Kommune sollten uns dennoch nicht auf das Wehklagen zurückziehen, sondern müssen selber schauen, wie wir mit dieser Situation klarkommen. Handlungsfähigkeit ist das Gebot der Stunde!

Wie vermeiden wir also die Haushaltssicherung? Wir haben natürlich zwei Hebel: Die Einnahmen steigern und die Ausgaben senken.

Wie steigern wir die Einnahmen in der **Zeitenwende**?

Der Kämmerer hat bei der Haushaltseinbringung die Lösung einer massiven Steuererhöhung gezogen. Die vorgeschlagenen Hebesätze

Haushaltsrede 2024

sind sicherlich rein rechnerisch hilfreich, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, aber eine solche Steuererhöhung hätte fatale Effekte. Die ursprünglich vorgeschlagene Belastung der Bürger*innen über die Grundsteuer B wäre unangemessen hoch. Außerdem senken solche enormen Steuererhöhungen den Druck auf Verwaltung und Politik gemeinsam zu sparen.

Natürlich war es der **BfGT** von vornherein klar, dass es in der **Zeitenwende** nicht ohne Steuererhöhungen gehen wird. Im Sinne der Bürger*innen und Gewerbetreibenden haben wir den entscheidenden Vorschlag zu einer moderaten Steueranpassung gemacht, der von der Verwaltung als guter Kompromissvorschlag gewertet und übernommen wurde und nun eine Mehrheit im Rat finden wird. Die **BfGT** hat die Blockade aufgelöst und die Haushaltssicherung abgewendet, ohne die Bürger*innen über Gebühr zu belasten. Das macht uns als kleine Fraktion im Gütersloher Stadtrat ein wenig stolz.

Die Aufnahme von Krediten ist aus **BfGT**-Sicht zu minimieren. Wir wollen über die Abzahlung solcher Kredite nicht die nächsten Generationen belasten. Auf der anderen Seite wollen wir den nächsten Generationen unser lebens- und liebenswertes Gütersloh erhalten – auch in der **Zeitenwende**.

Wie senken wir die Ausgaben?

Tja, das wird sich wohl erst noch herausstellen müssen. Wir gehen jetzt über die Krücke des „Globalen Minderaufwands“ in Höhe von 0,5 Prozent in diesem Jahr und 1,5 Prozent ab 2025, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten. Das bedeutet jedoch nur, dass wir die Kürzungsentscheidungen auf nach der Haushaltsverabschiedung verschieben und diese nicht aufgehoben haben. Uns als **BfGT** ist es sehr wichtig - bei allem Krisenmodus und der daraus resultierenden Dominanz der Finanzpolitik - die umwelt-, sozial-, jugend-, bildungs-, sport- und wirtschaftspolitischen Themen nicht aus dem Blick zu verlieren und auch im Krisenmodus, die

Haushaltsrede 2024

richtigen Entscheidungen zu treffen. Keinesfalls darf an Projekten gespart werden, die den sozialen Frieden sichern sollen. Ganz klar: Es gibt No-Gos, an denen auf keinen Fall gedreht werden darf. Die SPD und die Grünen haben im Rahmen des Haushaltskompromisses ihre wichtigsten Themen auf den Tisch gelegt, die wir in Verantwortung für den Haushalt 2024 mitgehen. Wir müssen aber aufpassen, dass wir uns in den weiteren Debatten über die Ausgaben nicht durch zu weitgehende Festlegungen aller Seiten lähmen, alle müssen offen sein für neue kreative Lösungen, die auch mit finanziellen Einschnitten verbunden sein werden. Wir erwarten von allen demokratischen Parteien eine konstruktive Mitwirkung an diesem Prozess gemeinsam mit der Verwaltung. Was bisher im Arbeitskreis Konsolidierung passiert ist, war dafür noch nicht ausreichend. Lassen Sie uns an einem Strang ziehen und ein Paket schnüren, das Zuversicht in die Zukunft Güterslohs vermittelt.

Ja, die **Zeitenwende** zwingt uns zum Sparen. Wir dürfen nur anpacken, was wir uns leisten können und was für die Zukunft von Gütersloh entscheidend ist.

Bei der Bewertung bestehender und neuer Projekte empfehlen wir ganz dringend, eine scharfe Trennung von „unabdingbar“ und „nice to have“. Auf dieser Grundlage müssen wir sofort – solange dies vertraglich irgendwie möglich ist – Projekte aus der Kategorie „nice to have“ verschieben. Und wir müssen den zu kurzfristig gedachten Umgang Güterslohs mit Fördermitteln verändern. Für viele unter uns waren bisher Fördermittel das Vehikel, um vermeintlich günstig Aufgaben und Projekte anzuschieben. Langfristige Folgekosten und das damit einhergehende Schuldenrisiko werden dabei ausgeblendet. Und: By the way, Fördermittel sind auch Steuergelder! Fördermittel sind in Zukunft strikt unter Beachtung aller Lasten für zukünftige Haushalte zu bewerten, das ist Teil der **Zeitenwende**.

Dabei gibt es Projekte, die dringend und so schnell wie möglich gestoppt bzw. verschoben werden müssen. Wir haben uns in den

Haushaltsrede 2024

letzten Monaten intensiv mit einzelnen Einsparvorschlägen beschäftigt. Beispielhaft sei hier Smart City genannt. Smart City war sicherlich zu Beginn gut gedacht, die Umsetzung lässt jedoch keine Mehrwerte für die Bürger*innen erkennen. Wir waren hier immer kritisch. Heute fordern wir Politik und Verwaltung auf, den Mut aufzubringen und dieses Projekt sofort zu stoppen und sich stattdessen mit voller Kraft den Fragen der Verwaltungsdigitalisierung zu widmen, die aus unserer Sicht vordringlich sind.

Apropos Verwaltungsdigitalisierung: Für den Stellenplan wurden seitens der Verwaltung für diesen Zweck zunächst 7,5 Stellen angefordert. Im letzten Hauptausschuss haben wir kritisiert, dass uns kein konkretes Konzept zur Verwaltungsdigitalisierung vorläge und uns auch nicht klar wäre, warum man ausgerechnet 7,5 Stellen und nicht 4 oder gar 12 Stellen anfordere. Die Anzahl der angeforderten Stellen wirkte auf uns willkürlich und wie aus der Luft gegriffen. Daraufhin kam seitens der Verwaltung die lapidare Antwort, dass auch 4 Stellen reichen würden. Diese Aussage unterstreicht aus unserer Sicht die Konzeptlosigkeit der Verwaltung bei diesem Thema. Die **BfGT** möchte dennoch den Prozess der Verwaltungsdigitalisierung nicht lähmen, wir stellen nun aber gemeinsam mit der SPD und den Grünen vier Stellen unter Vorbehalt und werden die Stellen erst dann freigeben, wenn ein ausführliches und konkretes Konzept zur Verwaltungsdigitalisierung vorliegt.

Zum Schluss noch ein paar Worte in eigener Sache. Auch die **BfGT** erlebt ihre persönliche **Zeitenwende**. Doch das behindert unsere politische Arbeit nicht. Nach wie vor arbeiten wir hochmotiviert zum Wohle der Bürger*innen unserer Stadt und werden weiterhin die Veränderungen einfordern, die Gütersloh als ein lebens- und liebenswertes Stückchen Erde voranbringen.

Wir übernehmen Verantwortung in dieser schwierigen Zeit und stellen uns nicht auf die Seite derer, die Pessimismus streuen. Unter den Bedingungen der **Zeitenwende** und da unser eigener Vorschlag in

Haushaltsrede 2024

Sachen Steuern der Kernpunkt der erzielten Übereinkunft ist, stimmt die **BfGT** dem Haushaltskompromiss 2024 zu.